

# Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

## ES IST DRINGLICH...

**Die Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein brachten einen erneuten dramatischen Einbruch: die SPD fiel noch unter ihr „historisches Tief“ bei den letzten Kommunalwahlen 2003.** Die CDU verlor vor allem in den großen Städten „erdbebenartig“ (Ministerpräsident Carstensen). „Die absolute Mehrheit“, 49,5% der WählerInnen, drückte ihre Absage an die Politik der Parteien der Großen Koalition vor allem durch ihre „Nichtwahl“ aus. Viele SPD-WählerInnen verweigerten der SPD, in der sie ihre politische Vertretung nicht finden können, die Stimme oder gaben sie aus Protest und um Druck auszuüben der Linken.

Wen aber kann das überraschen?

Folgt doch der Neuorientierung, die auf dem Hamburger Parteitag begonnen hatte, die Querschläge der Steinbrück / Steinmeier, die um jeden Preis die Fortsetzung der Anti-Reformpolitik der Schröder-/EU-Agenda erzwingen wollen: die Torpedierung des Aufschwungs der SPD, der im Wahlsieg in Hessen zum Ausdruck kam, und der Bildung einer SPD-geführten Regierung in Hessen für sozialdemokratische Politik; die Privatisierung der Bahn, des letzten großen Staatsbetriebs der Öffentlichen Daseinsvorsorge, gegen den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung, die in den 27 Gegenstimmen der SPD-Bundestagsabgeordneten Gehör fand; die schroffe Ablehnung der Wiedereinführung der Pendlerpauschale durch Steinbrück. Und das alles nach jahrelanger Politik der Großen Koalition in Schleswig-Holstein, die die sozialdemokratische Wählermehrheit nur abstoßen konnte.

### Es geht um die Existenz der SPD!

Wer kann diese Warnung von Schleswig-Holstein überhören: die Unterwerfung der SPD unter die Politik der Großen Koalition/EU führt das Land, die parlamentarische Demokratie und die SPD selbst in eine Katastrophe.

Ralf Stegner, Landesvorsitzender und

SPD-Spitzenkandidat in den kommenden Landtagswahlen, zieht die Konsequenz und fordert, die Große Koalition in Schleswig-Holstein zu sprengen: „Diese Wahl ist für uns Auftrag, noch stärker um Vertrauen zu werben und weiter auf die Themen zu setzen, die den Alltag der Menschen direkt berühren.“ Er fordert u.a. im Namen „sozialer Gerechtigkeit“ keine Studiengebühren, Geld für Bildung und Gebührenfreiheit für Kindergärten...

### Weitergehen mit den „Korrekturen“ der schreienden Ungerechtigkeiten!

Das ist es, was die Mehrheit der SPD, der arbeitenden Bevölkerung, die Gewerkschaften wollen und brauchen: dass endlich Schluss ist mit den Reformen, die weh tun! Dem galt der große Applaus für Becks Worte in Nürnberg: „Wir wollen nach 2009 keine Große Koalition mehr.“

Und wieder gab es den Gegenschlag von Steinbrück/Steinmeier.

Die in Nürnberg vorgelegten Eckpunkte zur Steuerpolitik – im Wesentlichen aus der Feder Steinbrücks – sind eine harsche Absage an die von den ArbeitnehmerInnen, der SPD-Mehrheit, den Gewerkschaften geforderte Umkehr der Steuerumverteilung von unten nach oben: keine Rücknahme der Milliardenbelastungen für die ArbeitnehmerInnen durch die Mehrwertsteuer und die kalte Steuerprogression, durch die Aufhebung der Pendlerpauschale.

Die in dem Steuerpapier vorgeschlagene massive Senkung der „Sozialabgaben“, d.h. die Senkung des Unternehmerbeitrags (des vom Arbeitgeber an die Sozialkasse bezahlten Lohnanteils) und damit die weitere Aushöhlung des sozialen Sicherungssystems, ist der Kern von Schröders Agenda-Politik. Den ArbeitnehmerInnen nehmen, um den Unternehmern zu geben. Die von allen Seiten geforderte Wiedereinführung der Vermögenssteuer zur finanziellen Ausstattung der öffentlichen Haushalte für den Wiederaufbau der

sozialstaatlichen Errungenschaften wird zur „Überprüfung“ zu den Akten gelegt, wie es auch keine Revision der skandalösen Milliarden-Steuer geschenke für die Unternehmer geben soll.

Wie will die SPD in den 16 kommenden Kommunal- und Landtagswahlen und der Bundestagswahl vor die WählerInnen treten? Was will sie den Menschen sagen?

Was will sie darauf antworten, dass 2,5 Millionen Kinder in Armut leben?

Was will sie den Gewerkschaften antworten, die ein „Sofortprogramm gegen die Armut“ fordern?

Will sie infolge weiterer drastischer Haushaltskürzungen, die Steinbrück unter dem Diktat des Null-Defizits der EU vorsieht, alle sozialen Leistungen, wie die ausreichende Finanzierung der Kinderbetreuung und Schulen, kassieren und den Sozialstaat endgültig abwürgen?

Müssen nicht das von der EU geförderte Lohndumping und die Tarifflicht verboten werden, verbunden mit der Respektierung der gewerkschaftlichen Tarifverträge?

„Die SPD muss (...) erkennbarer werden als die Partei der sozialen Gerechtigkeit.“ Sie muss „die neoliberalen Irrwege der vergangenen Jahre verlassen“, die „unter Schröder die Geburtshelfer der Linken waren“ (Karl Nolle, SPD, Mitglied im Landtag Sachsen).

„In der Parteimehrheit, wie in der Bevölkerungsmehrheit, bei den Gewerkschaften, hast Du die Unterstützung für den täglich dringlicher geforderten politischen Kurswechsel, für sozialdemokratische Politik der ‚Korrektur sozialer Ungerechtigkeiten‘“, heißt es in dem Offenen Brief an Kurt Beck.

Muss man nicht alles tun, damit Kurt Beck einen Parteitag einberuft, um gestützt auf diese Mehrheiten die von den Steinbrück/Steinmeier gewollte Revision der Neuorientierung abzuwehren und den Kurs der „Korrektur sozialer Ungerechtigkeiten“ zu bekräftigen, für die die SPD sofort eintritt und sich der Bevölkerung und den WählerInnen stellt? - CARLA BOULBOULLÉ